



Schwarzbuch Hartz IV

Sozialer Angriff und Widerstand – Eine Zwischenbilanz

AGENTURSCHLUSS (HERAUSGEBERINNEN) | ASSOZIATION A

Anonyme Umfrage zum Arbeitsamt und zu Ein-Euro-Jobs

„Die Dokumentationsstelle Hartz IV ist ein unabhängiges Projekt von LabourNet Germany, Tacheles e.V., der Initiative Agenturschluss, und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI).

Wir arbeiten nicht mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen! Im Gegenteil Wir wollen die Praxis von Hartz IV kritisch begleiten. Wir wollen wissen, was auf den Ämtern läuft, wie die Leute bei den Ein Euro Jobs behandelt werden. Wir wollen alles wissen! Alle Arbeitsämter, ihre „Fallmanager“, die „Ein-Euro-Job“-Einsatzstellen und deren Verantwortliche werden wir einem kritischen „Kundencheck“ unterziehen. Denn wie heißt es so schön: der „Kunde“ ist König...“

Mit diesem Aufruf wurde zwischen Ende März und Anfang November 2005 von der „Dokumentationsstelle Hartz IV“ eine Fragebogenaktion durchgeführt. Die Fragebögen waren einerseits im „LabourNet Germany“ online verfügbar¹ und wurden andererseits schriftlich durch regionale Erwerbslosengruppen verteilt.

An der Umfrage haben sich insgesamt 664 Erwerbslose beteiligt. Der überwiegende Teil der Umfrageteilnehmer/-innen ist zwischen 25 und 58 Jahren alt und durchschnittlich seit 44 Monaten erwerbslos (die Hälfte der Beteiligten ist seit weniger als 36 Monaten erwerbslos, die Erwerbslosigkeit der anderen Hälfte dauert seit mehr als drei Jahren an).

Der Fragebogen gliederte sich in verschiedene Themenblöcke (Information und Beratung – Wunsch und Inanspruchnahme; Behandlung durch das Arbeitsamt; Profiling und Eingliederungsvereinbarung; Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen; Arbeitsangebote und speziell Ein-Euro-Jobs sowie Zusatzfragen), denen auch die nachfolgende Auswertung folgt.

lich verschlechtert. Die 80 FahrerInnen der HBB verdienen 30 Prozent weniger als ihre KollegInnen bei der Muttergesellschaft. Der Streik kann wenig Druck erzeugen, weil u.a. durch den Einsatz von StreikbrecherInnen die meisten Busse dennoch fahren. Deswegen gibt es an diesem Morgen, kurz vor dem

Berufsverkehr, eine Blockade des Busdepots durch UnterstützerInnen der Streikenden. Die Blockade kann auch gegen die eintreffende Polizei zwei Stunden lang gehalten werden.

23. April 04 | Berlin | Fahrscheinautomaten außer Betrieb gesetzt | 13 Fahrschein-

1. Information und Beratung – Wunsch und Inanspruchnahme

201 der 664 Umfrageteilnehmer/-innen haben sich, bevor sie das Arbeitsamt aufgesucht haben, informiert und/oder beraten lassen – das sind 30,3 %. Dabei spielt das Internet mit Abstand die größte Rolle als Informationsquelle, vergleichsweise gering ist dagegen die Zahl derer, die sich bei einer Erwerbsloseninitiative, einer Gewerkschaft oder einem Wohlfahrtsverband persönlich beraten ließen. Dies dürfte ein Hinweis darauf sein, dass solche Beratungsmöglichkeiten nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind oder ihr Vorhandensein nicht bekannt ist. Denn dass der Beratungs- und Informationsbedarf sehr groß ist, lässt sich zum einen aus der großen Zahl derer schließen, die das Internet als Informationsquelle zu nutzen versuchten, zum anderen aus der Tatsache, dass sich 190 Umfrageteilnehmer/-innen (28,6 %) eine vorherige unabhängige Rechtsberatung gewünscht hätten; weitere 139 (20,9 %) haben gar einen Rechtsanwalt vermisst.

Es gibt aber nicht nur Informationsbedarf. 76 Umfrageteilnehmer/-innen (11,5 %) hätte eine Begleitung zum Amt geholfen und ungefähr ebenso viele vermissten eine freundlichere, kompetentere und engagiertere Arbeitsweise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern. Dies steht offensichtlich im engen Zusammenhang mit der erlebten Behandlung durch das Arbeitsamt (womit Arbeitsagentur, Arge oder Jobcenter gemeint sind).

2. Die Behandlung durch das Arbeitsamt

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (533 von 645 Antworten, das sind 80,3 %) haben die Beratung beim Arbeitsamt als nicht kompetent empfunden, zudem fühlten sich 54 % herablassend behandelt und 33 % haben sogar das Gefühl vermittelt bekommen, sie seien selbst schuld an ihrer Erwerbslosigkeit.

Wie es sich bereits andeutete, haben nur 161 Umfrageteilnehmer/-innen, also knapp ein Viertel, angegeben, im Arbeitsamt freundlich und hilfsbereit behandelt worden zu sein. Und nur 5 Prozent gaben an, einen Überblick über die Fördermöglichkeiten bekommen zu haben.

automaten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) werden unbrauchbar gemacht. In den meisten Fällen ist der Bereich des Fahrscheinenausgabefachs verkohlt. Der Schaden wird auf 100.000 Euro geschätzt. Zudem wird das BVG-Hauptgebäude durch Farbbeutel beschädigt. Nach einer Erklärung stehen die Anschläge

im Zusammenhang mit der Streichung des Arbeitslosen- und Sozialhilfetickets in Berlin zu Anfang des Jahres.

26. April 04 | Hamburg | Privathaus des Wirtschaftsensors angegriffen | In einer unbezahlten Nachtschicht wird das Wohnhaus

Insgesamt gaben 402, also 60,5 % der Umfrageteilnehmer/-innen an, dass es Schwierigkeiten beim Arbeitsamt gegeben habe. Hier wurden insbesondere genannt: keine Beratung; keine oder widersprüchliche Auskünfte; fehlerhafte Bescheide; keine oder dauernd wechselnde Ansprechpartner, keine Termine; Verschwinden von Anträgen, Antragsunterlagen oder Akten... Auch hier zeigt sich wieder, dass den Erwerbslosen, die auf die Arbeit des Arbeitsamtes angewiesen sind, am meisten Beratung, verlässliche Informationen und – damit eng verbunden – auch eine verlässliche und korrekte Antragsbearbeitung fehlen.

3. Profiling und Eingliederungsvereinbarung

3.a Profiling

268 von 664 Umfrageteilnehmer/-innen haben angegeben, dass bei ihnen ein „Profiling“ durchgeführt worden sei – dies sind lediglich 40,4 %. In 180 dieser Fälle wurde das „Profiling“ durch einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin der zuständigen Behörde durchgeführt; in 62 Fällen fand es bei einem Beschäftigungsträger statt.

Als sehr intensiv und ausführlich bis ausreichend haben lediglich 28,5 % das Profiling empfunden; als zu oberflächlich und kurz hingegen 45,9 % und 18,6 % hatten kein individuelles, sondern nur ein Gruppenprofiling. Unterschieden nach Behörde und Bildungsträger als durchführendes Organ fällt auf, dass die vorgeschriebene Einschätzung von beruflichen Stärken und Schwächen der Erwerbslosen, durch Behörden zwar überwiegend oberflächlich und kurz durchgeführt wird, aber die Beschäftigungsträger dafür vorrangig mit Gruppenprofiling arbeiten.

3.b Eingliederungsvereinbarung

Eingliederungsvereinbarungen wurden einem noch geringeren Anteil der Befragten zuteil: Mit lediglich 168 (25,3 %) Umfrageteilnehmer/-innen war zum Zeitpunkt der Befragungsteilnahme eine Eingliederungsvereinbarung getroffen

und das Auto von Hamburgs Wirtschaftssenator Uldall „mit Steinen und Farbflaschen verziert“. Die „Gruppe revolutionäres warmup“ wendet sich damit gegen die von Uldall forcierte Disziplinierung von „DrückebergerInnen“ und den Ausbau des Niedriglohnsektors durch das „Hamburger Modell“ des Kombilohns.

27. April 04 | Berlin | Anschlagsreigen gegen Arbeitsämter | Autonome Gruppen wenden sich mit einem Brandanschlag auf das Arbeitsamt Tempelhof gegen Drangsalierungen und den „kapitalistischen Normalzustand“. In der gleichen Nacht sorgen „NachtaktivistInnen“ für einen Scherbenregen beim Weddingener

worden. Davon glauben nur 21 Umfrageteilnehmer/-innen (12,5 %), dass sie gemeinsam mit ihrem Fallmanager oder ihrer Fallmanagerin eine individuelle Lösung gefunden haben und nur 14 von ihnen sahen hierbei ihre Wünsche berücksichtigt. Allerdings gaben nur 34 % der Betroffenen an, überhaupt nach ihren Wünschen gefragt worden zu sein.

85, also etwas mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer/-innen, die eine Eingliederungsvereinbarung unterschrieben hatten, wurden ihrer Wahrnehmung nach nicht über die rechtlichen Folgen einer solchen Vereinbarung aufgeklärt und sogar 129 (76,8 %) haben das Gefühl, dass ihnen mit der „Vereinbarung“ etwas aufgedrängt worden ist.

Die Antwort auf die Frage nach vereinbarten Fördermaßnahmen lautete in 57 von 129 Fällen „keine Fördermaßnahme“. Bei den verbleibenden 72 Umfrageteilnehmer/-innen sind mit Abstand Ein-Euro-Jobs der Renner. Die im „Gegenzug“ eingegangenen Verpflichtungen beziehen sich in der Regel auf Bewerbungen (mit und ohne Sollvorgaben) und Verfügbarkeit, in einigen Fällen auch auf die Annahme von Ein-Euro-Jobs.

4. Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen

68 Umfrageteilnehmer/-innen – und damit nur 10,2 % – wurde eine Qualifizierungsmaßnahme angeboten. Hiervon erhielten 20, also insgesamt 3,1 % aller Umfrageteilnehmer/-innen, hierfür einen Bildungsgutschein.

Die Erläuterungen der Betroffenen zur Art der Qualifizierungsmaßnahmen weisen darauf hin, dass der Begriff „Qualifizierungsmaßnahme“ infolge seiner überdehnten Verwendung durch die Arbeitsverwaltung sehr diffus ist. So wurden auch zum Beispiel zweitätige Bewerbungstrainings oder unbezahlte Praktika als Qualifizierungsmaßnahme genannt.

Einige wenige äußerten unaufgefordert ihre Kritik an den ihnen unterbreiteten Angeboten:

- *„8-wöchige Schulung ‚Strukturvertrieb‘ mit dem Ziel, freiberuflich Vermögensberatung zu machen. Ich halte das für unseriös.“*

76

Arbeitsamt. Beim Amt in Lichtenberg und bei der SPD-Zentrale gehen ebenfalls Scheiben kaputt. Ein Infobus auf dem Gelände des Arbeitsamts Prenzlauer Berg geht in Flammen auf.

30. April 04 | Stuttgart | Landesbank eingeworfen | Die Scheiben der ortsansässi-

gen Landesbank werden eingeworfen. Für einen kämpferischen 1. Mai spricht sich eine Initiative aus, die sich positiv auf die Großdemonstrationen des 3. April 04 bezieht und verdeutlichen will, „dass Protest ohne daraus resultierenden Widerstand nichts ändert (...)“.

- „Bewerbungstraining, in dem man nichts beigebracht bekommen hat und nur da war, um Stunden abzusetzen.“
- „Eine Weiterbildung, welche ich bereits besucht hatte (E-commerce). Unglaublich.“

Wenn Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, scheint dies nur selten im Rahmen einer Eingliederungsvereinbarung zu geschehen. Dies könnte aber angesichts vieler langzeiterwerbsloser Umfrageteilnehmer/-innen damit zusammenhängen, dass die meisten Qualifizierungsmaßnahmen schon länger zurückliegen, also vor Inkrafttreten des SGB II angeboten und durchgeführt wurden. Andererseits kann aber auch die geringe Anzahl von Bildungsgutscheinen dafür sprechen, dass hier massive Sparmaßnahmen eingeleitet worden sind.

5. Arbeitsangebote und speziell Ein-Euro-Jobs

359 (54 %) Umfrageteilnehmer/-innen wurde eine Tätigkeit oder Arbeitsstelle angeboten, davon entfallen 71 % auf Ein-Euro-Jobs und 15 % auf reguläre Arbeit im Ersten Arbeitsmarkt. Der marginale Rest (insgesamt 9 %) verteilt sich auf Arbeitsbeschaffungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie Leiharbeit.

5.a Andere Arbeitsangebote als Ein-Euro-Jobs

Von den insgesamt 103 Job-Angeboten, bei denen es sich nicht um Ein-Euro-Jobs handelt, entsprachen lediglich 37 voll oder annähernd den Erwartungen, die die betroffenen Umfrageteilnehmer/-innen an die Qualifikationsanforderungen und an die Bezahlung der Arbeit haben.

Ein Vergleich der Bewertungen der unterschiedlichen Job- bzw. Stellenangebote lässt erkennen, dass Angebote im regulären Arbeitsmarkt immer noch am ehesten auch der Qualifikation, den Gehaltserwartungen und den Wünschen der Arbeitssuchenden hinsichtlich des Weges zur Arbeit entsprechen. Solche Stellen im regulären Arbeitsmarkt wurden aber nur 8,4 % der Umfrageteilnehmer/-innen angeboten.

1. Mai 04 | vielerorts | autonome Maidemonstrationen | Rund um den 1. Mai kommt es zu farblichen Umgestaltungen bei mehreren Arbeitsämtern. So u.a. in Münster, Wetzlar und Gießen. In Berlin kann trotz Demonstrationsverbots in Kreuzberg eine große und lautstarke Spontandemo gegen die

Polizei durchgesetzt werden. Viele autonome Demonstrationen beziehen sich auf die aktuellen, vergleichsweise regen sozialen Auseinandersetzungen.

6. Mai 04 | Frankfurt a.M. | Serie von Angriffen auf Schlecker | Unbekannte haben

5.b Ein-Euro-Jobs

Von den Umfrageteilnehmer/-innen haben 256 (38,6 %) die Fragen zu Ein-Euro-Jobs beantwortet. 54 dieser „Jobs“ befinden sich bei einem privaten und 110 bei einem öffentlichen Maßnahmeträger, 92 konnten nicht angeben, ob es sich um einen privaten oder um einen öffentlichen Träger handelt. Ebenso schwierig zu beurteilen ist es, ob man weiter verliehen wurde, dies steht in nur 30 Fällen eindeutig fest.

Nur bei knapp der Hälfte der Ein-Euro-Jobber/-innen war ein Profiling durchgeführt worden. Deutlich geringer noch ist mit 43 % der Anteil der Jobber/-innen, mit denen eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen worden ist.

Der überwiegende Teil arbeitet zwischen 21 und 30 Stunden im Monat und bekommt hierfür zwischen 1 und 1,50 Euro. Nur 52 (20,3 %) der Ein-Euro-Jobber/-innen haben angegeben, dass sie zusätzlich zur Mehraufwandsentschädigung noch Fahrgeld erhalten.

Angewiesen und beaufsichtigt werden 162 der Ein-Euro-Jobber/-innen von den unmittelbaren Vorgesetzten, 28 vom Beschäftigungsträger. Die übrigen 66 Ein-Euro-Jobber/-innen haben diese Frage nicht beantwortet. Vermutlich erhalten etliche von ihnen Anweisungen von mehreren Stellen.

Auf Anweisungen wird nicht verzichtet, auf Einweisung schon eher. Nur 79 der Ein-Euro-Jobber/-innen sind an ihrer Arbeitsstelle in den Arbeits- und Unfallschutz eingewiesen worden, nach den Angaben von 177 Betroffenen (69,1 %!) war das nicht der Fall. Und nur 19,9 % der 256 Ein-Euro-Jobber/-innen erhalten in ihrem Job eine Qualifizierung, die über die Einweisung in die Arbeit hinausgeht.

Ihre Arbeitskraft wird aber auch offensichtlich nicht langfristig geplant. Sage und schreibe 9 (3,5 %) Ein-Euro-Jobber/-innen wurde die Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis in Aussicht gestellt. 63 haben angegeben, dass ihnen eine solche Übernahme noch nicht in Aussicht gestellt worden sei. In 151 Fällen (59 %) wurde die Übernahme sogar ausdrücklich ausgeschlossen, ein Hinweis darauf, dass es sich um dauerhaft prekäre Jobs handelt. Entsprechend wurden die Jobs vorher in den bekannten 80 Fällen zum überwiegenden Teil durch

78

in der Nacht an fünf Stellen im Stadtgebiet auf Filialen der Drogerie-Kette „Schlecker“ Anschläge verübt. Die Täter zerstören mit Pflastersteinen die Schaufenster. In der Nähe von dreien der betroffenen Märkte werden anonyme Bekennerrinnenschriften aufgefunden, in denen die Arbeitsbedingungen kriti-

siert und „Klassenkampf – statt Klassenkompromiss!“ gefordert werden. Am 20. Juni 04 werden in Berlin vier Filialen mit Farbe und Steinen angegriffen. Schlösser der Türen werden mit Sekundenkleber unbrauchbar gemacht. Pikant: Es bekennt sich eine verdi Arbeitsgruppe „Perspektiven“ des Fachbe-

ABM-, Honorar- oder Ein-Euro-Kräfte besetzt. In 19 Fällen wurde eine angestellte Kraft – wohl dauerhaft – ersetzt.

In nur 48 Fällen war die Stelle vorher nicht besetzt, wurde also zusätzlich geschaffen. Allerdings konnten 128 Betroffene – also genau 50 % – diese Frage leider nicht beantworten.

Hinsichtlich des Arbeitsklimas sind nur erste Eindrücke möglich. Demnach fühlen sich 45,7 % der Ein-Euro-Jobber/-innen von ihren regulär angestellten Kollegen und Kolleginnen eher kollegial und gleichberechtigt, 22,3 % eher gleichgültig und abweisend behandelt. Allerdings haben 27,3 % diese Frage nicht beantwortet, was unter anderem daran liegen dürfte, dass viele Ein-Euro-Jobber/-innen ganz überwiegend oder ausschließlich mit anderen Ein-Euro-Jobber/-innen zusammen oder gar allein arbeiten.

Eine für uns sehr interessante Frage war die nach dem Engagement des Betriebs- oder Personalrats gegen die Ein-Euro-Jobs bzw. für die Ein-Euro-Jobber/-innen. Doch satte 80,9 % der Ein-Euro-Jobber/-innen konnten die Frage nach der Zustimmung des Betriebs- oder Personalrats zu der Einstellung nicht beantworten, wobei 150 von ihnen die Antwortmöglichkeit „weiß ich nicht“ angekreuzt haben und 57 die Antwort offen gelassen haben. Unklar bleibt daher, ob die Existenz der Interessenvertretung oder deren Verhalten in diesem Punkt unbekannt ist. Auch kann nur spekuliert werden, warum dies der Fall ist. Bekannt nach Kenntnis der Betroffenen ist lediglich die Zustimmung des Betriebs- oder Personalrats zu der Einstellung als Ein-Euro-Jobber/-in in 19 Fällen und in 30 Fällen von den insgesamt 256 erfassten „Jobs“ hat die Interessenvertretung entweder nicht zugestimmt oder wurde einfach gar nicht gefragt.

Hinsichtlich der Unterstützung durch den Betriebs- oder Personalrat bei der Lösung von Problemen haben 19 Betroffene positive Erfahrung, 30 vermissen solche Unterstützung. 150 haben noch keine Erfahrung damit gemacht, solcher Unterstützung zu bedürfen. Nicht beantwortet wurde die Frage allerdings von 57 der 256 Ein-Euro-Jobber/-innen.

Zu Ein-Euro-Jobs siehe auch „Schwarze Schafe der Erwerbslosenindustrie – Ein-Euro-Jobs bundesweit“.

reichs 12 „Handeln“. Verdi dementiert, damit zu tun zu haben. Am 10. Juli werden in Frankfurt erneut Scheiben eingeschlagen. Am 20. Juli 04 erhält Schlecker Gegendruck in Wuppertal. „Mit Druck auf seine MitarbeiterInnen ist Schlecker groß geworden.“ Mit der Zerstörung von Türen und Schaufenstern

mehrerer Schleckerfilialen in Wuppertal will die gleichnamige Aktionsgemeinschaft für mehr „Gegendruck“ werben.

7. Mai 04 | Berlin | Brandsätze gegen Fahrzeuge der Telekom | Wegen der Speicherung von Daten über Sozialhilfe-

6. Zusatzfragen

6.a Veränderung der Lebenslage durch Agenda 2010

451 (67,9 %) Umfrageteilnehmer/-innen haben die Zusatzfrage beantwortet: „Was hat sich mit der Arbeitsmarktreform der Agenda 2010 für Sie geändert?“ Nur neun hiervon haben angegeben, dass sich für sie als ehemalige Sozialhilfebezieher/-innen mit Hartz IV die finanzielle Situation geringfügig verbessert habe. Sieben dieser neun Umfrageteilnehmer/-innen haben sich allerdings bereits zwischen Anfang April und Anfang Juni an der Umfrage beteiligt, also zu einem vergleichsweise frühen Zeitraum nach Inkrafttreten von Hartz IV, in dem der Wegfall einmaliger Leistungen noch nicht für eine größere Zahl Betroffener spürbar wurde.

Hingegen haben 249 Umfrageteilnehmer/-innen (55,2 %) angegeben, dass sich ihre materielle Lage verschlechtert habe. Viele von ihnen schrieben, dass sie nicht mehr wüssten, wie es weitergehen soll, und beschrieben äußerst bedrückende Lebenslagen. Etliche Antwortende gingen auch darauf ein, wie die Armut die Situation ihrer Kinder und ihre sozialen Beziehungen beeinträchtigt.

Aus der Fülle der Antworten seien einige wenige zitiert:

- *„Wir haben jetzt genauso wenig Geld wie vorher, obwohl ich 25 Stunden pro Woche (im Ein-Euro-Job) arbeite. Ich habe weniger Zeit für meine Kinder, muss zusätzlich 45 Euro Essensgeld für sie aufbringen, weil sie im Kindergarten essen, da ich durch den Job erst später nach Hause komme. Der Job ist anstrengend. Ich leiste genauso viel wie eine regulär angestellte Kraft, trage Verantwortung, muss sehr früh aufstehen, kann mir aber nichts leisten, da das Geld gerade für alle anfallenden Kosten reicht. Ich erhalte keinen bezahlten Urlaub, kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Die Chance, eine regulär bezahlte Arbeit zu finden, steht ziemlich schlecht.“*
- *„...Mit dem geringeren monatlichen Einkommen einher gehen verstärkte Sorgen und Ängste, wie man durchkommen soll und auf was für Kapriolen die wohl noch kommen. Außerdem fühle ich mich der Willkür und dem Macht-*

80

empfängerInnen zur geplanten Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zündet die „militante Gruppe“ mehrere Service-Fahrzeuge der Telekom im Stadtteil Wedding an. Die Gruppe ruft in ihrer Erklärung auf zu einer „breiten, insbesondere auch militanten Kampagne gegen die Einführung des ALG II“.

14.-16. Mai 04 | Berlin | Perspektivenkongress | Unter dem Motto „Es geht auch anders – Perspektiven für eine andere Politik“ beginnt am Freitagabend in Berlin der Perspektivenkongress von Gewerkschaften, attac, NGOs usw. Knapp 2.000 Menschen besuchen die mehr als 100 Workshops.

missbrauch einzelner „Sachbearbeiter“ ausgesetzt. Der Zwang, eine Rolle in diesem schlechten Schmierentheater spielen zu müssen, kommt dazu.“

Im letzten Zitat ist bereits das Problem angesprochen, das insgesamt 142 mal (31,5 %) benannt wurde: Die Beziehungen zwischen den Erwerbslosen und der Arbeitsverwaltung haben sich drastisch verschlechtert, und zwar sowohl in dem Sinne, dass sich die Betroffenen noch weniger oder gar nicht mehr in ihrem Bemühen, reguläre Arbeit zu finden, unterstützt sehen, als auch in dem Sinne, dass sie sich schikaniert und willkürlich sowie von oben herab behandelt fühlen. Weitere diesbezügliche Äußerungen lauten:

- *„Ich fühle mich entmündigt und ausgenutzt, den 1,50-Euro-Job habe ich freiwillig begonnen, aber dennoch fühle ich mich damit betrogen, denn ich arbeite in meinem gelernten Beruf, ohne angemessen bezahlt zu werden, geschweige denn abgesichert zu sein, weder bei einer Krankheit noch im Alter. Es gibt keine Lohnfortzahlung, geschweige denn einen Kündigungsschutz. Ich arbeite wie alle Anderen, habe aber keine Rechte.“*
- *„Ich bin ein ängstlicher Mensch geworden. Existenzangst bestimmt mein Leben, weil ich von der Willkür anderer abhängig bin. Ich habe oft Hunger und kaum noch Sozialkontakte und werde als faules Schwein beschimpft.“*

62 Umfrageteilnehmer/-innen (13,8 %) sehen als wesentliche Auswirkung von Hartz IV, dass ihre Hoffnungen auf einen existenzsichernden Erwerbsarbeitsplatz nun noch weiter gesunken sind oder sie diese Hoffnungen ganz verloren haben.

6.b Bewertung der Idee eines Existenzgeldes

458 Umfrageteilnehmer/-innen (69 %) haben die Frage beantwortet: „Was halten Sie von der Idee eines Existenzgeldes?“ 244 (53,3 %) von ihnen finden die Idee gut oder sehr gut. 84 der Antwortenden (18,3 %) finden die Idee eines Existenzgeldes eher gut, äußern aber auch skeptische oder einschränkende Überlegungen dazu.

81

15. Mai 04 | Berlin | Sozialverbände-Demo in Berlin | Rund 20.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen den Sozialabbau. Aufgerufen haben der Sozialverband Deutschland und die Volkssolidarität – gekommen sind überwiegend RentnerInnen, die sich vor allem gegen Rentenkürzung, Nullrunde

und die Gesundheitsreform wenden. Auffallend, dass praktisch keine anderen gesellschaftlichen Gruppen – Gewerkschaften, StudentInnen oder linksradikale Gruppen – sich diesem Protest gegen den Sozialabbau angeschlossen haben.

Die Skepsis bezieht sich darauf, ob ein Existenzgeld finanzierbar und/oder politisch durchsetzbar sei und ob es nicht viele Leute verführen könnte, auf Kosten anderer zu leben. Die Einschränkungen gelten der Vorstellung, dass jede/r das Gleiche bekommen würde. Etliche Antwortende finden, dass der Anspruch auf Existenzgeld oder seine Höhe von der bisherigen Arbeitsleistung abhängen sollte, wobei unter Arbeit in der Regel versicherungspflichtige Erwerbsarbeit verstanden wird.

Die Befürchtung, dass ein Existenzgeld zur „Gleichmacherei“ führen würde, die eigene Lebensleistung dabei keine Anerkennung fände und die „Faulenzer“ unterstützen würde, ist das häufigst vorgebrachte Argument der 78 Umfrageteilnehmer/-innen (17 %), die die Idee eines Existenzgeldes kategorisch ablehnen. Von ihnen wird aber auch vielfach betont, dass sie keine „Almosen“, sondern ihr Leben durch Erwerbsarbeit bestreiten möchten.

7. Fazit

Das Sample kann keine Repräsentativität beanspruchen. Jedoch lassen sich deutliche Tendenzen ausmachen.

Bei den Umfrageteilnehmer/-innen handelt es sich um erwachsene langzeiterwerbslose Menschen. Nur jeder dritte von ihnen hat sich vor der ersten Begegnung mit der neuen zuständigen Behörde informiert, doch die meisten von ihnen hätten Beratung und Unterstützung gebraucht, merken dies jedoch zu spät. Denn überwiegend fühlen sie sich durch die Behördenmitarbeiter inkompetent beraten und herablassend behandelt. Hier erweist sich der Ansatz vieler Erwerbsloseninitiativen, z.B. Begleitung zu organisieren als richtig.

Eindeutig sind die Beratungskapazitäten der Erwerbsloseninitiativen – sofern überhaupt bekannt – unzureichend und bedürfen der kaum zu finanzierenden Ergänzung durch Rechtsberatung. Denn die von den Beratungsstellen bundesweit genannten Probleme wie fehlerhafte Bescheide, mangelnde oder falsche Auskünfte und fehlende Ansprechpartner sowie das Verschwinden von Unterlagen finden sich auch in unserer Umfrage wieder.

Auch die bundesweit gemeldete personelle Überforderung der MitarbeiterInnen der Behörden spiegelt sich in unserer Umfrage in Form von marginalen

18. Mai 04 | Mannheim | Kanzlerohrfeige

Mit seiner Ohrfeige für Bundeskanzler Gerhard Schröder protestiert ein 52-jähriger Mann gegen die Regierungspolitik: „Meine Tat ist unanständig, basta, aber nicht ungerecht.“

22. Mai 04 | Kassel | YOMANGO in der City

Der in Kassel tagende „Bundeskongress Internationalismus“ mit dem Thema „Aneignung – Das Ende der Bescheidenheit. Alltag – Neoliberalismus – Widerstand“ dient nicht nur dem Austausch, er zeigt sich auch von seiner praktischen Seite. Eine Performance unter

Profilings und Eingliederungsvereinbarungen wider, wobei letztere ohnehin in den meisten Fällen als einseitiges „Fordern ohne zu Fördern“ empfunden werden. Sowohl bei Qualifizierung als auch bei Fördermaßnahmen wird – ob aus Verzweiflung oder aus Bequemlichkeit – vorrangig auf Ein-Euro-Jobs zurückgegriffen. An wirklicher Qualifizierung und Fortbildung wird massiv gespart.

Mit Ein-Euro-Jobs hat die Hälfte unserer Umfrageteilnehmer/-innen Erfahrung gemacht, während reguläre Stellenangebote noch nicht einmal jedem zehnten Umfrageteilnehmer/-in unterbreitet wurden. Hinsichtlich der Ein-Euro-Jobs decken sich die Umfrageergebnisse weitgehend mit den Ergebnissen der „schwarze Schafe“-Sammlung der Ein-Euro-Job-Einsatzstellen sowie sonstigen vorliegenden Informationen. Die Erwerbslosenindustrie richtet sich offensichtlich dauerhaft auf diese profitablen Arbeitskräfte ein und macht sich weder die Mühe der Einweisung und Qualifizierung, noch der Versprechen der dauerhaften Übernahme.

Trotz gerichtlich bestätigter Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertretungen der Ein-Euro-Job-Anbieter und obwohl mittlerweile auch ver.di zur Einhaltung der Zusätzlichkeit drängt, besteht nicht nur nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen der Eindruck, dass hier der Druck auf eine aktive Interessenvertretung verstärkt werden muss.

Dies gilt ganz offensichtlich auch für unsere sozialpolitische Aufklärungsarbeit: Dass sich in einem Teil der Meinungen zum Existenzgeld äussernde, kapitalistisch geprägte „Leistungsethos“ und „Gerechtigkeitsempfinden“, die Verkennung von Systemzusammenhängen und die damit verbundene Entsolidarisierung zwischen den Erwerbslosen machen den Bedarf an Aufklärung und Auseinandersetzung deutlich. Denn solche Einstellungen stehen der Selbstorganisation der Erwerbslosen, wirksamen sozialen Protesten und der Idee eines bedingungslosen Existenzgeldes im Wege. Zu erleben, dass sich die eigene soziale Lage verschlechtert und sich hoffnungslos zu fühlen, ist noch keine hinreichende Motivation für kämpferische politische Arbeit.

ANMERKUNGEN

Wir danken der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt für die finanzielle Unterstützung dieses Untersuchungsprojektes.

1 <http://www.labournet.de/agenturschluss/fragebogen.html>

dem Namen „Yomango“ („Ich klau“) sorgt in Kassels Innenstadt für viel Gesprächsstoff. Ein genehmigtes Straßentheater wird zur Plünderung genutzt. Etliche Personen dringen in das Modehaus H&M ein und reißen Bekleidung von Ständern. „Die haben eine richtige Kette gebildet und die Sachen an Passanten

verteilt“, sagt ein H&M-Mitarbeiter. „Dabei haben die gerufen: gegen den Sozialabbau, wir fördern den Ladenklau.“ FußgängerInnen haben sich nicht lange bitten lassen und sind mit den Textilien weggegangen. Der Schaden bei H&M beträgt nach ersten Schätzungen 4.000 Euro.